

## AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-202/2/1986

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Sparkassengesetz  
geändert werden soll; Stellungnahme

Telefon: 0 42 22 - 536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich  
an die Behörde richten und die  
Geschäftszahl anführen.

Bezug:

An das

Präsidium des Nationalrates

Datum: 19. MRZ. 1986

Verteilt: 20. MRZ. 1986

1017 WIEN

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme  
des Amtes der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines Bundes-  
gesetzes, mit dem das Sparkassengesetz geändert werden soll, über-  
mittelt.

Anlage

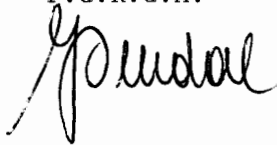
Klagenfurt, 1986-03-14

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.



**AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG****Zl.** Verf-202/2/1986**Betreff:** Bundesgesetz, mit dem das Sparkassengesetz  
geändert werden soll; Stellungnahme**Bezug:****Auskünfte:** Dr. Glantschnig**Telefon:** 0 42 22 - 636**Durchwahl** 30204**Bitte Eingaben ausschließlich  
an die Behörde richten und die  
Geschäftszahl anführen.**

An das

Bundesministerium für Finanzen

Himmelfortgasse 4 - 8

1015 WIEN

Zu dem mit do. Schreiben vom 12. Februar 1986, GZ:  
28.0300/5-V/5/86, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Sparkassengesetz geändert werden soll, wird seitens  
des Amtes der Kärntner Landesregierung nachfolgende Stellungnahme  
abgegeben:

1. Gegenüber dem seinerzeit mit Schreiben vom  
6. Dezember 1985, GZ: 28.0300/6-VI/5/85, übermittelten Vorentwurf  
einer Sparkassengesetz-Novelle, fällt auf, daß im nunmehr zur  
Begutachtung übermittelten Entwurf die Bestimmung fehlt, wonach  
gewisse Beschlüsse des Sparkassenrates vor Annahme durch das  
Vorstandsmitglied der Sparkasse, dem Bundesminister für Finanzen,  
dem zuständigen Fachverband und der Prüfungsstelle des Spar-  
kassenprüfungsverbandes anzuzeigen sind. Es darf ersucht werden,  
gegenständliche Bestimmung wiederum in den Entwurf aufzunehmen.

- 2 -

2. In Anbetracht der Tatsache, daß in Ziff. 15 bestimmt wird, daß die Absätze 3 bis 9 des § 17 die Bezeichnung 4 bis 10 erhalten, bleibt offen, wie der nunmehr neue Absatz 3 lauten soll, bzw. bleibt unklar, ob die unter Ziff. 16, 17 und 18 vorgeschlagenen Änderungen schon auf die geänderte Absatzbezeichnung abstellen oder nicht.

3. Im Abs. 2 des § 22 bleibt offen, in welcher Höhe die Widmungsrücklage dotiert werden darf, wenn das Haftkapital der Sparkasse dem Mindesterfordernis des § 12 Abs. 2, Kreditwesengesetz, nicht entspricht.

4. Im Rahmen der ha. Stellungnahme zum Vorentwurf der gegenständlichen Novelle wurden überdies Ergänzungen bzw. Klarstellungen zu § 18 Abs. 5 und 29 Abs. 2, angeregt, die sich aus den Erfahrungen der praxis ergeben haben. Bedauerlicherweise wurden die Anregungen jedoch im vorliegenden Gesetzentwurf nicht berücksichtigt. Es darf daher neuerlich angeregt werden, die mit ha. Stellungnahme vom 31. Jänner 1986, Zl. Verf-51/1/1986, übermittelten Vorschläge zu prüfen und diese in der Regierungsvorlage zu berücksichtigen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Klagenfurt, 1986-03-14

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.

